

Belohnung für Burma

USA lockern ihre Sanktionen

Washington · Die Vereinigten Staaten erkennen die Fortschritte Burmas auf dem Weg zur Demokratisierung und heben deshalb die Handels- und Reisebeschränkungen grösstenteils auf. Aussenministerin Clinton stellte diesen Schritt beim Treffen mit dem burmesischen Präsidenten Thein Sein am Mittwoch in New York in Aussicht. Für die Aufhebung des Handelsembargos hatte die burmesische Regierung vorgeschlagen, auch die Oppositionsgruppen in Aung San Suu Kyi hatte sich zum Besuch in Washington vor einer Woche dafür ausgesprochen.

Wunden aus der Wirtschaft

Der Kongress im Sommer hat Sanktionen gegen Burma nochmals verschärft. Doch übertrug er dem Präsidenten die Befugnis, die Strafmassnahmen zurückzusetzen. Dieser Prozess soll im Gang gesetzt werden. Die USA haben Anfang des Jahres bereits volle diplomatische Beziehungen mit dem asiatischen Staat aufgenommen, unter anderem der jahrzehntelangen Militärdiktatur weitgehend isoliert war und wirtschaftlichen Kollaps nahegekommen war. Vor kurzem strich Obama zudem den Präsidenten, Thein Sein, von einer schwarzen Liste, mit der die Mitglieder des Regimes mit Sanktionen belegt worden waren.

Die USA waren bei der Aufhebung der Sanktionen vorsichtiger als andere Länder. Deshalb mehrten sich in letzter Zeit die Rufe aus der amerikanischen Öffentlichkeit nach einer Lockerung des Embargos, um im globalen Wettbewerb wirtschaftlicher Augenhöhe antreten zu können. In Einzelfällen werden die Sanktionen aber beibehalten, für Firmen, die von Militärs kontrolliert werden oder die für korruptes Verhalten ethisches Gebaren bekannt sind.

Warenträger und Textilien

Allenfalls wie rasch Amerika ein grosser Exportmarkt Burmas werden kann, ist offen. Die Ausbeute der beiden Öl- und Gasvorkommen wird vermutlich auch in Zukunft vor allem in die weit näher liegenden und ressourcenreichen Märkte der Nachbarn in Thailand fließen. Vor der Aufhebung des Embargos im Jahr 2001 waren die USA zwar der wichtigste Abnehmer der burmesischen Textilindustrie. Im vergangenen Jahr exportierten die Burmesen jedoch ein Viertel ihrer Bekleidungsartikel nach Ostasien, vor allem nach Japan und Südkorea. Experten weisen zudem darauf hin, dass Burma zuerst beträchtliche Investitionen anlocken muss, um die Exportindustrie in Schwung zu bringen und zu einem weiteren «asiatischen Tiger» zu werden.

Wem gehören die Inseln im Ostchinesischen Meer?

Völkerrechtliche Hintergründe eines bizarr anmutenden Konflikts

Im Streit zwischen Japan, China und Taiwan um die Senkaku-Inseln ist das Völkerrecht auf der Seite Japans. Es nimmt um der Stabilität willen Ungerechtigkeiten in Kauf, die für das Verständnis des Konflikts zentral sind.

Oliver Diggelmann

Der Konflikt um die Inselgruppe im Ostchinesischen Meer ist auf den ersten Blick schwer nachvollziehbar. Auffällig ist zunächst die Grösse des Archipels, um den sich Weltmächte wie China und Japan mit dem Risiko eines erheblichen Gesichtverlusts streiten. Er umfasst ein winziges Territorium von gerade 6,3 Quadratkilometern. Bizarr erscheint auch die derzeitige Konfliktaustragung in Form einer mit Wasserwerfern geführten Schlacht. Am Dienstag zeigten die Weltmedien Bilder von Wassergefechten zwischen der japanischen Küstenwache und taiwanischen Fischerbooten.

Stabilität als Hauptziel

Das Völkerrecht schützt in diesem Territorialkonflikt Japans Ansprüche. Der Archipel war 1945, als das völkerrechtliche Gewaltverbot geschaffen wurde, in japanischem Besitz. Ob zuvor annektiert – wie von China behauptet – oder nicht, ist nicht entscheidend. Annexion war bis zur Schaffung des Gewaltverbotes ein anerkannter Gebietserwerbstitel. Dass China die Inseln im frühen 15. Jahrhundert entdeckt und tatsächlich einmal besiedelt hat, dürfte zutreffen. Japan mag sie 1885 auch gewaltsam «gestohlen» haben, wie England 1833 die Falkland-Inseln. Entscheidend für die heutigen Territorialrechte sind in beiden Fällen die Besitzverhältnisse 1945.

Die Schaffung des Gewaltverbotes folgte einer Logik, die um eines höheren Ziels willen auch Ungerechtigkeiten in Kauf nahm. Angriffskriege sollten nach der Katastrophe zweier Weltkriege auf keinen Fall mehr legal sein. Die Siegermächte wählten folgende Lösung: Verbot jeder weiteren Annexion und Einfrierung der territorialen Besitzverhältnisse. Das war, bei allem Fortschritt, eine ambivalente Regelung. Das Gewaltverbot trug zwar zu mehr Stabilität bei. Es erzeugte aber auch neue Feindseligkeiten. Unzufrieden waren vor allem jene Staaten, die vor der Schaffung des Gewaltverbotes Gebietsverluste hinnehmen mussten. Die Regelung setzte damit, unbeabsichtigterweise, auch Anlässe für Konflikte, die teilweise bis in die Gegenwart reichen. China etwa – das derzeit in mehrere Konflikte um Inseln verstrickt ist – war unter den Verlierern.



Chinesische und taiwanische Aktivisten auf einer der Senkaku-Inseln. YOMIURI SHIMBUN / AFP

Gewinner der Regelung von 1945 waren Staaten, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert erfolgreich imperialistische Ziele verfolgt hatten. Das Gewaltverbot schützte nun ihren Besitzstand. Japan – trotz dem Verlust der in den 1930er und 1940er Jahren eroberten Gebiete – gehörte zu den Gewinnern.



Auch die USA sind hier zu nennen, die ihr Territorium im 19. Jahrhundert auf Kosten Mexikos vergrössert hatten. Sie hatten damals Texas, New Mexiko und Südkalifornien annektiert.

Privilegierte Meeranrainer

Die Entwicklung des Völkerrechts seit 1945 kam Japan mit Blick auf die Senkaku-Inseln in einer zweiten Hinsicht entgegen. Die Rechte von Meeranrainerstaaten zur Ausbeutung des Meeres sowie des Festlandsockels wurden massiv ausgedehnt. Diese Entwicklung ging ursprünglich von den USA aus, die unter Harry Truman plötzlich ihren Festlandsockel beanspruchten, weil man darin reiche Bodenschätze entdeckt hatte. Die Forderung fand ebenso

Eingang in die 1996 in Kraft getretene Seerechtskonvention wie die Regel, dass Meeranrainer eine 200 Meilen breite Zone ab der Küste ökonomisch exklusiv nutzen dürfen. Der Konvention sind auch Japan und China beigetreten.

Zu den Hauptprofiteuren dieser beiden Neuerungen gehörten Staaten mit vielen Inseln, also auch Japan. Denn bei Inseln und Inselgruppen wie dem Senkaku-Archipel kann im Grundsatz eine ausschliessliche Wirtschaftszone beansprucht werden, und nicht selten finden sich im Sockel unter den Inseln Bodenschätze. Im Fall der Senkaku-Inseln wurden solche Schätze brisanterweise weder von Japan noch von China, sondern von Experten der Uno entdeckt, die den Konflikt ungewollt befeuerten. Die neuen Vorteile, die das Seerecht Staaten mit vielen Inseln verschafft, werden oft als illegitim empfunden. Man nahm dies zugunsten einer einheitlichen Regelung aber in Kauf.

Verschärfend wirkt im Inselkonflikt die Weigerung Japans, sich für die Periode seines brutalen Imperialismus zu entschuldigen. Die in Japan verbreitete Lesart, es habe sich vor 1945 dem westlichen Imperialismus entgegengestellt oder gar als Verteidiger Asiens agiert, erschwert eine Lösung des Konflikts. Eine solche könnte mittelfristig allenfalls in der von Japan erwogenen Beteiligung Chinas an der Ausbeutung der Ressourcen liegen. Bewegen müssten sich dafür beide Seiten, China allerdings mehr als Japan.

Oliver Diggelmann ist Professor für Völker- und Staatsrecht an der Universität Zürich und Leiter des dortigen Instituts für Völkerrecht und ausländisches Verfassungsrecht.

Ai scheidet mit Rekurs

Künstler muss Strafe bezahlen

mac. Peking · Der chinesische Künstler und Freigeist Ai Weiwei ist am Donnerstag der Steuerbehörde vor Gericht definitiv unterlegen. Ai hatte im April Klage eingereicht gegen die Pekinger Steuerbehörde, die über die ihn vermarktende Firma eine Strafverfügung von 15 Millionen Yuan (2,2 Millionen Franken) wegen Steuerhinterziehung verhängt hatte. Nun wurde sein Rekurs gegen ein Urteil vom Juli abgewiesen. Zuvor war er bereits mit dem Rekurs gegen diese Strafverfügung gescheitert; die Klage vom April richtete sich gegen das seiner Ansicht nach unseriöse Vorgehen, in dem die Steuerbehörde die angeblichen Verfehlungen Ais festgestellt hatte.

«Schamloses Vorgehen»

Am Donnerstag durfte Ai erstmals in dem Verfahren selbst vor Gericht erscheinen. Das nützte jedoch wenig, weil weder er noch seine Anwälte Beweise vorlegen konnten oder angehört wurden. Zudem waren er und seine Frau Lu Qing, auf deren Namen die Firma eingetragen ist, so kurzfristig über den Gerichtstermin informiert worden, dass einer seiner Anwälte nicht rechtzeitig von einem Auslandsaufenthalt zurück sein konnte. Ai nannte gegenüber Journalisten das Vorgehen des Gerichts schamlos. Das Urteil sei vorbereitet gewesen. Da alle Rechtsmittel ausgeschöpft sind, muss Ai die Strafe vollständig bezahlen. Eine Teilzahlung von umgerechnet 1,26 Millionen Franken hatte er bereits im vergangenen November als Garantie leisten müssen, um überhaupt Rekurs gegen die Strafe einlegen zu können. Damals hatten ihn spontane Gönner mit Spenden unterstützt. Gegenüber der Agentur Reuters sagte Ai nun, er werde die verbleibende Zahlung nicht leisten, weil er damit die Gesetzmässigkeit des Falls stillschweigend eingestünde. Zudem habe er nicht so viele flüssige Mittel bereit. Nach seinen Angaben ist ihm keine Frist für die Strafzahlung gegeben. Zahlt er sie nicht, riskiert er jedoch eine Inhaftierung.

Auslandreisen nicht möglich

Ai Weiwei, der durch seine Ausstellungen in Amerika und Europa, durch seine Mitwirkung an der Konzeption des Pekinger Olympiastadions und seine offene Kritik am chinesischen System bekannt geworden war, war im Frühjahr 2011 während 81 Tagen von der Staatssicherheit festgehalten worden. Danach hatten die Behörden der Firma seiner Frau Steuervergehen vorgeworfen. Er selbst durfte ein Jahr lang Peking nicht verlassen. Obwohl diese Frist im Juni abgelaufen ist, haben ihm die Behörden den Pass nicht zurückgegeben, so dass er nicht zu Ausstellungsöffnungen ins Ausland reisen kann.

Schweiz – London. Schneller!

Täglich zahlreiche Flüge: Basel • Bern • Genf • Zürich

Fliegen Sie direkt in die Londoner City

Nur 10 Minuten von ✈️ ➡️ 🚆